

INTERGLOBAL



Der Fang von Fischen und Garnelen gehört neben den Agrarprodukten zur Lebensgrundlage der Kleinbauern entlang des Río Babahoya.

ECUADOR

Krabbenkultur kontra Kleinbauern

Text und Fotos: Knut Henkel

Der Garnelenexport in Ecuador boomt und sorgt für einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Doch der aufblühende Wirtschaftszweig geht mit der Zerstörung bäuerlicher Lebensgrundlagen einher. Die woxx hat landwirtschaftliche Kollektive besucht, die sich wehren.

Francisco Domínguez zieht den Vorhang beiseite, der den Eingang zu seiner Notunterkunft verdeckt. „Hier sind wir untergekommen, haben uns aus Holz, Blech, Bastmatten und was es so gab, eine kleine Hütte gebaut“, sagt der 73-jährige Kleinbauer, der bis vor kurzem hier am im Westen von Ecuador gelegenen Río Babahoyo rund einen Hektar Land bewirtschaftet hat. „Wir wollten das Recinto Los Ángeles nicht verlassen – wo sollen wir denn auch hin?“ Gummistiefel liegen draußen vor der Tür, eine Palette mit ein paar Habseligkeiten steht rechts von der kleinen Unterkunft, linkerhand ist ein Spültisch montiert. Domínguez und seine Frau haben sich für den Übergang hier eingerichtet. Am 14. April 2026 haben sie alles verloren, was sie bis dahin ihr Zuhause nannten und ihnen den Lebensunterhalt sicherte: Ihr Haus und ihr Land.

„Reis haben wir angebaut, wie fast alle der Familien hier im Recinto Los Ángeles“, sagt der hagere Mann und schiebt die beigefarbene Baseballkappe in den Nacken. Ein paar

Mangobäume, Limonen, Bananen habe er für den eigenen Konsum angepflanzt. „Wir hatten unser Auskommen, nicht viel, aber mit den Fischen und den Garnelen aus dem Fluss hat es gereicht“, sagt er über seine Lebensgrundlage, die ihm am 14. April abrupt genommen wurde. Gemeinsam mit 30 weiteren Familien wurde er an diesem Tag durch die Polizei von ihrem Hab und Gut vertrieben.

Mehr als 100 Beamte kamen an diesem Tag mit einem Räumungstitel und einem Bulldozer an. Sie ließen den Familien kaum Zeit, um das Nötigste einzupacken. Dann schob die schwere Maschine zusammen, was Domínguez und die anderen Familien sich im Laufe der Jahre aufgebaut hatten: ihre Häuser und die kleinen Obstgärten nebenan. Manche der Gebäude waren solide, aus Ziegel und Beton, andere aus Holz, Wellblech und anderen Materialien. Sie alle standen am Ufer des Río Babahoya, oft seit zwanzig Jahren oder länger. Jetzt ist von ihnen nur noch Schutt zu sehen. Stattdessen wurden die ersten Mauern der Garnelenfarm hochgezogen. Die für die Zucht der Krebstiere charakteristischen Wasserbecken wurden noch nicht ausgehoben.

Für die zwangsvertriebenen Bauern ein Schock. „Wir sind keine Invasoren, keine Landbesetzer wie es im Räumungstitel heißt“, sagt Domínguez, der als einer der Sprecher der betroffenen Familien agiert.

An jenem verhängnisvollen Apriltag hatte er eilig wichtige Dokumente und Unterlagen in Sicherheit gebracht. Er tippt auf ein Schreiben in einem Sammelordner. Das Schriftstück belege, dass die geräumten 31. Familien über Jahrzehnte im Recinto Los Ángeles lebten und dort vor allem Reis auf kleinen Parzellen anbauten. „Etwas mehr als die Hälfte der Ernte habe ich immer verkauft, der Rest war für unseren eigenen Bedarf“, sagt Domínguez. Nun ist er mit seiner Frau und den anderen 30 Familien auf Hilfe von Hilfs- und Kleinbauernorganisationen wie „Unión Tierra y Vida“ (Einheit Land und Leben) angewiesen. Die ist heute in Person von Raquel Silva vor Ort und verteilt Lebensmittel, die von mehreren Organisationen gespendet wurden, darunter Speiseöl, Reis, Kochbananen und vieles mehr.

„Wir hatten unser Auskommen, nicht viel, aber mit den Fischen und den Garnelen aus dem Fluss hat es gereicht.“

Die „Unión“ ist eine Kleinbauernorganisation, die Landtitel für jene erwirken will, die keine vorzuweisen haben, obwohl eine Landreform von 2007 unter dem damaligen Präsidenten

Rafael Correa genau dies ändern sollte. Die Reform jedoch sei nicht flächendeckend gewesen und nur stockend vollzogen worden, so Silva: „Wir wissen von vielen Kleinbauerngemeinschaften und Genossenschaften, die seit Jahren und Jahrzehnten Land nutzen, ohne je einen Titel erhalten zu haben“, sagt sie.

Das war auch bei den Vereinigungen „Unidos Venceremos“ (Geeint, werden wir siegen) und „Ni un paso atrás“ (Nie einen Schritt zurück) so. 1986 nahmen die zunächst 18 Familien des Zusammenschlusses „Ni un paso atrás“ rund 19 Hektar Land in Besitz. Im Jahr 2000 folgte Francisco Domínguez mit weiteren 56 Familien und teilten weitere 75 Hektar untereinander auf. Das sei dokumentiert, versichert Silva, die geschäftsführende Sekretärin der Unión. „Die Familien haben immer wieder versucht, vom Staat Landtitel für die von ihnen bewirtschafteten Flächen zu erhalten, aber zu mehr als Absichtserklärungen ist es nicht gekommen“.

Silva, die auch dem „Netzwerk Ländlicher Frauen“ angehört, arbeitet eng mit dem Anwalt Milton Yulán zusammen, der für die Unión, aber auch für Organisationen wie die Menschenrechtsorganisation „Fian Ecuador“ arbeitet und die Interessen der Familien vertritt. Von den insgesamt 75 Familien, die bis 2020 das Land bebauten, haben in den letzten drei Jahren etliche verkauft. „Sie haben

Wissen sich zu wehren:
Kleinbauern der Vereinigung
„Unidos Venceremos“.



den Druck nicht ausgehalten und sind gegangen – wir sind der harte Kern“, sagt Manuel Jesús de León. Im Schnitt haben die Verkaufswilligen 2.500 US-Dollar, manche 5.000 oder dank ihres Verhandlungsgeschicks bis zu 9.000 US-Dollar erhalten, sagt er und lächelt bitter, denn ein gutes Geschäft war das selbst für die verkaufstüchtigsten nicht. Der Marktpreis liegt nämlich bei 25.000 US-Dollar oder mehr. Angesichts solcher Abzocke hat León sämtliche Angebote ausgeschlagen.

Nun hat er es mit „Trupeca S.A.S.“ zu tun. So heißt das Unternehmen, das seit 2025 mit Räumungsklagen und anderen juristischen Schritten die

Kleinbauern und ihre Familien loszuwerden versucht. „Erfolgreich, wie die gewaltsame Räumung vom 14. April zeigt – aber juristisch vollkommen haltlos“, fasst Silva das Geschäftsgebaren von Trupeca zusammen. Nun steht die resolute Frau von Anfang fünfzig an der Uferstraße neben einem Pick-Up-Truck und verteilt von der Ladefläche aus Lebensmittel an die vertriebenen Familien. Hier und da fällt auch eine Ration für andere Familien ab, die im Recinto Los Ángeles leben.

Ein paar hundert Menschen leben hier und sie sind von mehreren hundert Krabbenfabriken umgeben. Der Wachschatz sorgt dafür, dass man die

Gebäude, wo die Garnelen verarbeitet, gefroren und verpackt werden, zwar von weitem sehen kann, nicht aber die Becken, in denen die Krustentiere aufgezogen werden. Das selbstherrliche Gebaren passt zu der derzeitigen Situation in Ecuador, wo die Regierung von Präsident Daniel Noboa enge Beziehungen zur unternehmerischen Elite des Landes pflegt, darunter auch Vertreter des rasant wachsenden Sektors der Aquakultur. Garnelen sind in den letzten Jahren zum Exportschlager des Landes geworden. Noch vor dem Bananensektor und der Erdölförderung trugen sie 2025 zu einem ökonomischen Wachstum von über 3,7 Prozent bei. Krustentiere im Wert von 8,4 Milliarden US-Dollar wurden nach Europa, in die USA sowie nach China und Asien exportiert. Der Boom macht sich an der Küste Ecuadors bemerkbar.

„Die Kleinbauern sind unter Druck, weil sowohl die Garnelenfarmen als auch der ebenfalls wachsende Bananensektor nach zusätzlichen Anbauflächen suchen“, sagt Silva. Sie berichtet von Garnelenfarmen, die ihre Becken nicht mehr direkt an der Küste oder an zum Meer führenden Flüssen angelegt haben, sondern in höheren Lagen. „Durch die Farmen werden die Böden versalzen, was für die benachbarten Kleinbauern verheerende Folgen hat.“

Als Vertreterin der Unión ist sie am Wochenende oft unterwegs, um Orga-

nisationen zu besuchen und zu unterstützen – so wie heute. Trupeca habe bereits im vergangenen Jahr zweimal Anzeige wegen unerlaubter Landnahme erstattet. „Die Inspektionen des Agrarministeriums und der Staatsanwaltschaft haben da ergeben, dass keine solche vorlege“, sagt Silva. Nach einer dritten Anzeige durch die Firma hätten die Behörden die entsprechenden Grundstücke nun doch noch geräumt. „Das hier Grundrechte verletzt wurden, ist alarmierend.“

„Durch die Garnelenfarmen werden die Böden versalzen, was für die benachbarten Kleinbauern verheerende Folgen hat.“

Einige der geräumten Familien haben an der kleinen Straße, die oberhalb des Ufers des Río Babahoyo durch das kleine Dorf führt, noch ein paar Habseligkeiten unter Planen auf Paletten verstaut. Sie hoffen auf eine schnelle Rückkehr auf ihre kleinen Parzellen. Unten am Río Babahoyo liegen ihre schmalen, buntlackierten Holzboote mit denen gefischt, aber auch die halbe Stunde Fahrt nach Durán zurückgelegt wird. Die Stadt mit 300.000 Einwohner*innen befindet sich weiter südlich – da wo der

Raquel Silva von der Kleinbauerngenossenschaft „Unión Tierra y Vida“ bei der Lebensmittelausgabe für von ihren Grundstücken vertriebene Familien.





forum

für Politik, Gesellschaft
und Kultur

Abonnieren Sie unseren
YouTube-Kanal.

www.youtube.com/@forumLux



Gesperrtes Gelände: Auf dem Terrain, von dem die Familien vertrieben wurden, entsteht eine neue Garnelenfarm.

Río Babahoyo zum Río Guayas wird und die riesige „Brücke der nationalen Einheit“ die Metropole Guayaquil mit Durán verbindet.

In Durán und Guayaquil hatte Francisco Domínguez in den vergangenen Wochen häufiger zu tun. Er bespricht das weitere Vorgehen der Familien mit dem Anwalt Milton Yulán. Der hat sein Büro in einem einfachen Stadtviertel von Guayaquil. Für Yulán ist klar, dass der Fall exemplarisch ist. „Er zeigt auf wie die Justiz in Guatemala an Unabhängigkeit verliert“, sagt er. Als Arbeits- und Landrechtsanwalt ist er in der Region bekannt und will nicht lockerlassen. „Wenn nötig, ziehen wir bis vor das Verfassungsgericht und danach vor das Interamerikanische Gericht für Menschenrechte.“ Doch vorher müssen erst einmal alle Instanzen der ecuadorianischen Justiz durchlaufen werden.

„Wenn nötig, ziehen wir bis vor das Verfassungsgericht und danach vor das Interamerikanische Gericht für Menschenrechte.“

Das ist nicht einfach. Die für Anfang Juli anberaumte Verhandlung vor dem Gerichtshof in Durán fiel aus – einer der drei Richter war schlicht nicht erschienen. Die aus dem Recinto Los Ángeles angereisten Familien mussten enttäuscht wieder abziehen. Sie hatten auf ihre Rückkehr, Wiedergutmachung und Schadensersatz gehofft. Zu Recht, so Yulán. „Die rechtliche Situation ist eindeutig, Trupeca hat sich das Terrain der Kleinbauern illegal einverleibt“, so der Jurist. Das bestätigt auch ein offizielles Schreiben des UN-Berichterstatters für das Recht auf Nahrung an das Unternehmen. Es wurde Ende 2023 gegründet und ist ein relativer Neuling im boomenden Garnelenmarkt des Landes. Dennoch ist die Firma laut Yulán eng mit anderen Unternehmen aus der Branche vernetzt. Bisher reichen die Beweise

nicht aus, aber es deutet einiges darauf hin, dass Trupeca als Briefkastenfirma gegründet wurde. In Ecuador ist das ein beliebtes Verfahren, um Besitzverhältnisse zu verschleiern.

Fakt ist, dass die Firma nun jene 94 Hektar Fläche, auf denen bis Ende 2024 rund 75 Bauern und Bäuerinnen vor allem Reis anbauten, komplett unter ihrer Kontrolle hat. Zumindest bis zum nächsten Gerichtstermin Ende November. „Fünf weitere Monate Warten heißt das nun – eine Zumutung“, ärgert sich Yulán. Er hat Zweifel, dass die Verhandlung dann stattfinden wird, behält das aber für sich und appelliert an die 31 Familien, durchzuhalten.

Im juristischen Apparat sei Korruption ein zentrales Problem, aber auch die Einflussnahme der Regierung auf das Verfassungsgericht: „Der Präsident und sein Regierungskabinett respektieren die Gewaltenteilung nicht“, so der Anwalt. Auch der Zusammenschluss wichtiger Ministerien wie die für Ende August geplante Fusion von Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium trage zur Problematik bei.

Beim „Permanenten Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte“ (CDH) sieht man das ganz ähnlich. Umso wichtiger sei daher die Unterstützung der geräumten Familien. Deren „Grundrecht auf Ernährung“ sei verletzt worden, so Valeska Chiriboga vom CDH. Zudem hätten sie sich „erfolglos über Jahrzehnte um Landtitel bemüht“. Das Komitee organisiert für sie nun unter anderem Lebensmittelspenden. Das ist nötig, denn die Betroffenen sind zur Selbstversorgung aktuell nicht mehr in der Lage.

Es bleibt die Frage, ob sie überhaupt bis Ende November durchhalten können, in der Hoffnung, dass ihnen dann endlich Recht zugesprochen wird. Francisco Domínguez hofft das. Doch seine anfängliche Zuversicht ist inzwischen einer optimistischen Skepsis gewichen.

Knut Henkel berichtet für die woxx aus Lateinamerika.